

Bernd Ladwig

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Das Ende der liberalen Demokratie

Auf die liberale Demokratie glaubten sich bislang auch diejenigen verlassen zu können, die politische und gesellschaftliche Veränderungen anstrebten. Inzwischen sieht sie sich aber in vielen Ländern einer breitenwirksamen Fundamentalkritik ausgesetzt. In den USA ist inzwischen ein Mann an der Macht, der mit dem Rechtsstaat und unabhängigen Medien ebenso auf Kriegsfuß steht wie mit der Wahrheit.

Die liberale Demokratie ist eine Herrschaftsform, die egalitäre politische Mitwirkungsmöglichkeiten mit einer menschenrechtlichen Rechtsbindung staatlicher Gewalten verbindet. Sie gibt Raum für einen inklusiven, aber pluralistischen Demos und verstetigt den geregelten Streit über gehaltvolle politische Alternativen.

Diese Herrschaftsform gerät heute durch Vorgänge der Transnationalisierung und der kulturellen Pluralisierung unter Druck. Sie werden schichtenübergreifend als Verluste an Kontrolle und an Orientierung erlebt. Zunehmend fragmentierte Öffentlichkeiten tragen dazu bei, dass sich verschiedene Teile deines Staatsvolkes nur mehr im Modus wechselseitiger Feindbeobachtung begegnen.

Neue Populisten beuten die Gefühle von Kontroll- und Orientierungsverlust politisch aus. Ihre Agenda ist nationalistisch und antipluralistisch; ihre Führer empfehlen sich als Verkörperungen des ‚wahren Volkes‘, das nur sie vor äußeren und inneren Feinden bewahren könnten. Das liberale ersetzen sie durch ein identitäres Demokratieverständnis. Der Rechtsstaat ist darin nur mehr als Instrument des Volkswillens vorgesehen.

Die Kontrastierung von liberaler und identitärer Demokratie bildet den Hauptteil des Vortrags. Abschließend soll eine grundlegende Alternative zur Diskussion gestellt werden: Sollte der Polarisierung mit einer Gegen-Polarisierung, dem Populismus von rechts mit einem Populismus von links begegnet werden? Oder besteht die schwierige Grundaufgabe in der Erneuerung einer inklusiven Öffentlichkeit, im Bemühen, eine gemeinsame Sprache und gemeinsame Relevanzvorstellungen zurückzugewinnen - nicht um den politischen Streit stillzustellen, sondern um ihn in die Bahnen respektvoller Gegnerschaft zurückzuführen?